

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Bunke, Manchester

09.06.2019

## May tritt zurück

*Früherer Außenminister Johnson aussichtsreichster Kandidat für Nachfolge.  
Unberechenbarkeit des Unterhauses treibt Blüten*



Toby Melville/REUTERS

*Allein auf weiter Flur: Theresa May ist vom Tory-Vorsitz zurückgetreten (Archivfoto, 24.5.2019, London)*

Am Freitag ist Theresa May als Vorsitzende der Konservativen abgetreten. Britische Premierministerin bleibt sie bis die zunehmend zerrütteten Tories einen neuen Chef gefunden haben. 100.000 Parteimitglieder, viele von ihnen im Rentenalter und die meisten dem wohlhabenden Spektrum der Gesellschaft angehörend, werden in den kommenden

Wochen bestimmen, wer zukünftig das Land führen soll. Parlamentarische Neuwahlen sind immer noch keine in Sicht.

Warum fast das gesamte bürgerliche Spektrum Neuwahlen fürchtet, zeigte sich am Donnerstag im Rahmen einer Nachwahl in der Ortschaft Peterborough. Dort konnte die Labour-Partei mit 30,9 Prozent der Stimmen einen Parlamentssitz verteidigen, knapp gefolgt von Nigel Farrages Brexit Party mit 28,9 Prozent. Die Tories kamen mit 21,4 Prozent der abgegebenen Stimmen abgeschlagen auf den dritten Platz. Die Liberaldemokraten landeten als einzige aktiv für einen Rücktritt vom Brexit eintretende Partei mit 12,3 Prozent auf den hinteren Rängen.

Das stabile Zweiparteiensystem der Nachkriegszeit steht immer mehr auf wackligen Beinen. Und auch innerhalb der beiden größten Parteien toben ungelöste und zunehmend härter geführte Konflikte. Erstaunlicherweise wollen dennoch zwölf Kandidatinnen und Kandidaten die Nachfolge Theresa Mays antreten – die allermeisten mit einer expliziten Pro-Brexit-Haltung.

Favorit ist derzeit der ehemalige Außenminister Boris Johnson, der auch einen »No Deal Brexit« befürwortet, sollte es keine Einigung mit der EU geben. Laut einem Bericht der Financial Times vom Donnerstag gibt es derzeit Gespräche zwischen Johnsons Unterstützerkreis und der nordirischen unionistischen DUP über die Frage, ob diese auch eine von Johnson geführte Minderheitsregierung im Unterhaus unterstützen würde. Laut FT-Recherchen soll die DUP bereits Finanzforderungen in Milliardenhöhe gestellt haben. Bereits Theresa May musste sich die Unterstützung der DUP mit einer Sonderzahlung für die nordirische Infrastruktur in Höhe von einer Milliarde Pfund erkaufen.

Wer auch immer die Tories und die Regierung ab Ende Juli führen wird, wird die DUP brauchen. In der Labour-Partei wird bereits über einen Misstrauensantrag gegen den kommenden Premierminister nachgedacht. Dessen Erfolg hängt u. a. davon ab, ob es Boris Johnson gelingt, die konservative Parlamentsfraktion hinter sich zu vereinen.

Gespalten hat sich in der vergangenen Woche die erst vor kurzem gegründete Anti-Brexit-Partei »Change UK«, deren elf Parlamentsabgeordnete sich aus dem neoliberalen Flügel der Labour-Partei und dem Remain-Flügel der Tories rekrutiert hatten. Sie waren mit dem Versprechen angetreten, die Politik »zu erneuern«. Aufgrund »unüberbrückbarer Gegensätze« wurde daraus nichts. Sechs ehemalige Mitglieder, darunter der frühere

Labour-Abgeordnete Chuka Umunna, werden nun als Fraktionslose im Unterhaus sitzen. Die fünf übrigen wollen als »Change UK« weitermachen.

Die derzeitige Unberechenbarkeit des Unterhauses in Westminster treibt inzwischen interessante Blüten. So denkt Dominic Raab, einer der Kandidaten für den konservativen Parteivorsitz, offen über die Aussetzung des Parlaments im Herbst nach, um den Brexit ohne die lästige Gewaltenteilung über die Bühne bringen zu können. Dieser Idee erteilte Unterhauspräsident John Bercow während der Parlamentssitzung am Donnerstag nachmittag eine Absage. Es sei »absolut offensichtlich«, dass ein konservativer Premierminister nicht das Parlament beseitigen könne, um den Brexit durchzudrücken. Alle übrigen Kandidaten für den Parteivorsitz haben sich inzwischen öffentlich von dem Vorstoß Raabs distanziert.

Derweil mehren sich die Anzeichen für eine Wirtschaftskrise. Am Donnerstag verkündete die Ford-Motorenfabrik im walisischen Bridgend ihre baldige Schließung. Nach der Honda-Fabrik in Swindon und der Stahlfabrik in Scunthorpe ist es der dritte größere Industriebetrieb, der innerhalb weniger Monate auf der Insel dicht macht.

08.06.2019